



Radfahren in Mainz: sicher und komfortabel

Radfahrer sind nach den Fußgängern die schwächsten Verkehrsteilnehmer – daher hat die Politik besonders dafür zu sorgen, dass sie einfach und sicher ihr Ziel erreichen. Radfahren vermeidet zudem Schadstoffe und Lärm, spart Platz und schont den städtischen Haushalt, schließlich sind Investitionen in den Autoverkehr besonders teuer.



Foto: © Elisabeth Patzall / PIXELIO

dies zum Beispiel: Im Dunkeln Licht an. Verkehrsregeln einhalten. Fußgängerzonen meiden bzw. (wo erlaubt) Schritttempo fahren.

Mitmachen!

Wir suchen Platz für weitere Fahrradparkplätze in der Altstadt. Wenn Sie Ideen hierfür haben, teilen Sie sie uns mit: kontakt@spd-mainz-altstadt.de. Wir engagieren uns – gemeinsam mit Ihnen!

Andreas Behringer

Positionen der SPD

1. Radwege regelmäßig ausbessern. Gefahrenpunkte schnell beseitigen oder auschildern.
2. Zugeparkte Radwege schneller freiräumen.
3. Benutzungspflicht für Radwege aufheben – in Straßen mit reduzierter Geschwindigkeit.
4. Mehr Abstellmöglichkeiten schaffen.
5. Gepäckfächer einführen – positiv auch für den Einzelhandel.
6. Radtourismus fördern: bessere Beschilderung und Kartierung sowie Beseitigung von Lücken im Radwegenetz.

Fair geht vor!

Mehr Radverkehr verlangt auch nach mehr gegenseitiger Rücksicht. Für die Radfahrer heißt

Schon gewusst?

- Die Mainzer Verkehrsgesellschaft wird 2011/2012 einen bundesweit einmaligen Fahrradverleih starten: 1000 Fahrräder an 120 Stationen (www.mvg-mein-rad.de).
- In allen Mainzer Bussen und Bahnen dürfen Fahrräder kostenlos mitgenommen werden.
- Die Altstadt hat rund 150 Orte mit Fahrradparkplätzen.
- Radwege sind nur noch benutzungspflichtig, wenn sie ein entsprechendes Verkehrszeichen tragen. Ansonsten darf auch die Fahrbahn benutzt werden.
- In ausgeschilderten Fußgängerzonen ist das Radfahren erlaubt – im Schritttempo.

SPD-Altstadt skeptisch zur Umweltzone

Auch Mainz muss endlich aktiv werden für saubere Luft, denn viele andere Städte sind uns hier um Jahre voraus.



Eine Umweltzone bedeutet jedoch einen schwerwiegenden Eingriff und ist mit hohen Kosten verbunden. Daher ist für die SPD klar: Eine Umweltzone muss gut begründet und gut vorbereitet sein!

Wir fordern den Nachweis, dass Umweltzonen in anderen deutschen Städten die Luftqualität nennenswert und nachhaltig verbessert haben. Statt vager Prognosen sind konkrete Messergebnisse gefragt. Skeptisch macht uns, dass knapp drei Jahre nach Einführung der ersten Umweltzonen immer noch keine Studien bekannt sind, die eine nennenswerte positive Wirkung nachweisen.

So lange völlig unklar ist, ob Umweltzonen tatsächlich einen Beitrag zu sauberer Luft leisteten, sind in Mainz andere Maßnahmen zu bevorzugen: An erster Stelle steht für uns weiterhin die Sperrung der Innenstadt für den Schwerlast-Durchgangsverkehr. Dass diese „Stinker“ durch Wohngebiete und die historische Altstadt fahren dürfen, nur um Sprit und Maut zu sparen, ist eine Zumutung.

Ulla Brede-Hoffmann

In Kürze

Politik für Kommunen

Der Bund lässt die Kommunen im Stich. Statt dafür zu sorgen, dass die Städte und Gemeinden eine ordentliche finanzielle Grundlage bekommen, damit sie ihre Aufgaben für die Menschen erfüllen können, schränkt er ihren finanziellen Spielraum immer weiter ein. Die rheinland-pfälzische Landesregierung steuert gegen: sie hat den „Kommunalen Entschuldungsfonds“ mit einem Umfang von 3,9 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Rheinland-Pfalz ist das erste Land, das in einer so weitreichenden Anstrengung seinen Kommunen beisteht – vergleichbare Initiativen anderer Länder reichen bei weitem nicht an das Volumen dieser Anstrengung heran.

Briefwahl

Sie sind am 27. März unterwegs? Dann machen Sie doch Briefwahl. Näheres steht auf Ihrer Wahlbenachrichtigung.

Für Mainz im Landtag

Ulla Brede-Hoffmann – Wahlkreis 27 (Mainz I)

■ geboren 1950 in Gernsbach (Landkreis Rastatt) ■ Stadtratsmitglied in Mainz 1989 - 2009 ■ Ortsvorsteherin Mainz-Innenstadt 1988 - 1994 ■ Ortsvorsteherin Mainz-Altstadt seit 2009 ■ Landtagsabgeordnete seit 1995
 ■ Bürgerbüro Ulla Brede-Hoffmann: Lessingplatz 12, 55118 Mainz, Tel.: (0 61 31) 67 00 77, www.brede-hoffmann.de

Doris Ahnen – Wahlkreis 28 (Mainz II)

■ geboren 1964 in Trier ■ stellvertretende SPD-Landesvorsitzende ■ Präsidiumsmitglied der SPD ■ rheinland-pfälzische Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur ■ Landtagsabgeordnete seit 2006
 ■ Bürgerbüro Doris Ahnen: Klarastraße 15a, 55116 Mainz, Tel.: (0 61 31) 2 82 86 50, www.doris-ahnen.de

Mit den von Kurt Beck geführten Landesregierungen hat Rheinland-Pfalz die Herausforderungen der letzten Jahre erfolgreich bewältigt. Das Wirtschaftswachstum ist überdurchschnittlich, die Arbeitslosigkeit unterdurchschnittlich, die Bildungsmöglichkeiten sind hervorragend. Die SPD hat gehalten, was sie versprochen hat. Und sie wird die Zukunft unseres Landes weiter gestalten.



Doris Ahnen und Ulla Brede-Hoffmann – im Bild mit Ministerpräsident Kurt Beck – vertreten unsere Stadt im rheinland-pfälzischen Landtag.

Mit Kurt Beck: Gute Aussichten für Mainz

Die SPD setzt in den kommenden Jahren weiter auf Bildung. Denn sie ist der Schlüssel für eine Zukunft in Wohlstand und Sicherheit. Sie ist eine Voraussetzung dafür, dass Menschen ihre individuellen Lebensziele verwirklichen können. Welche Bedeutung sie für die SPD hat, zeigt sich im Regierungsprogramm: Bildung steht an erster Stelle.

Mit Doris Ahnen und Ulla Brede-Hoffmann verantworten zwei Mainzerinnen maßgeblich die rheinland-pfälzische Bil-

dungspolitik. Doris Ahnen ist Bildungs- und Wissenschaftsministerin im Kabinett von Kurt Beck, Ulla Brede-Hoffmann ist bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Rheinland-Pfalz nimmt gerade im Bildungsbereich eine führende Stellung ein. Einmalig in Deutschland ist zum Beispiel die Gebührenfreiheit von der Kindertagesstätte bis zum Hochschulabschluss. Denn Bildungschancen und damit Aufstiegsmöglichkeiten dürfen nicht von sozialer Herkunft oder vom Geldbeutel abhängen. Die SPD hat die Einführung der Ganztagschule in Rheinland-Pfalz versprochen – inzwischen sind über 600 Schulen im Land als Ganztagschulen organisiert, davon 27 in Mainz. Die SPD hat den Ausbau der frühen Förderung versprochen – inzwischen ist nicht nur der Kita-Besuch beitragsfrei, sondern es besteht ein Rechtsanspruch für einen Platz ab 2 Jahren.

Auch für die kommenden Jahre hat sich die SPD viel vorgenommen. Die Klassengröße

in Grundschulen soll auf maximal 24 Kinder gesenkt werden; kein Bundesland hat hier bessere Rahmenbedingungen! Auch in der Orientierungsstufe soll es künftig keine Klasse mit mehr als 25 Schülerinnen und Schülern geben.

In Mainz ist die gute rheinland-pfälzische Bildungspolitik deutlich sichtbar. Dazu gehören der massive Ausbau der Kinderbetreuung, die dritte Integrierte Gesamtschule oder der Ausbau von Universität und Fachhochschule. „Und dass Mainz ‚Stadt der Wissenschaft‘ geworden ist, ist nicht zuletzt den enormen Investitionen der Landesregierung zu verdanken“, so der Mainzer SPD-Vorsitzende Michael Ebling. „Wir wollen, dass unsere Stadt ihre Aussichten auf eine gute Zukunft behält. Mit Doris Ahnen und Ulla Brede-Hoffmann im Landtag wird das gelingen.“

Impressum Seite 2 und 3:
 SPD-Unterbezirk Mainz
 Michael Ebling (Vorsitzender)
 Klarastr. 15a, 55116 Mainz

Der politische Aschermittwoch

Im Kurfürstlichen Schloss in Mainz am 9. März

Beginn: 16.30 Uhr
 Einlass: 15.30 Uhr

Mit dem SPD Landesvorsitzenden Kurt Beck, Ministerpräsident
 Musik: Blaskapelle Harmonie aus Worms

Karten zum Preis von 10 Euro gibt es bei der SPD Mainz, Klarastraße 15a, 55116 Mainz. Im Preis enthalten sind ein Heringssessen mit Beilagen und Getränken.



Vor 44 Jahren: Was ist's? Wer war's?

Im Januar 1967, vor 44 Jahren also, bekam Mainz ein neues Fastnachtsdenkmal: den Fastnachtsbrunnen auf dem Schillerplatz. Seit dem Tag seiner feierlichen Enthüllung mit vielen prominenten Gästen haben ihn die Mainzer ins Herz geschlossen. Unter den über 200 Figuren, die er verewigt, ist auch der Mönch mit den drei „W“ auf einem Schild. Ausführlich vorgestellt wird der kürzlich sanierte Mainzer Fastnachtsbrunnen in dem neuen Buch „Sprudelnde Mainzer Lebensfreude – Der Fastnachtsbrunnen“ mit Fotos des bekannten Mainzer Fotografen Klaus Benz.



Unter allen richtigen Einsendungen werden zwei Karten für die Ehrentribüne beim diesjährigen Rosenmontagszug sowie einige Exemplare des Buchs „Sprudelnde Mainzer Lebensfreude – Der Fastnachtsbrunnen“ verlost.

FASTNACHTSRÄTSEL – SPD MAINZ

1. Wie hieß der Mainzer Oberbürgermeister, der den Fastnachtsbrunnen 1967 eingeweiht hat?

- Ernst Neger
- Jockel Fuchs
- Ludwig Eckes

2. Wofür steht das „WWW“ auf dem Schild des Mönchs?

- World Wide Web
- Weltweiter Weingeist
- Weck Worscht Woi

Name, Vorname

PLZ, Ort, Straße

ggf. E-Mail, Telefon

Bitte die richtigen Antworten ankreuzen und Adressfeld ausfüllen. Den Coupon bis zum 1. März 2011 einsenden an: SPD Mainz, Jockel-Fuchs-Haus, Klarastraße 15a, 55116 Mainz

In Kürze

Wohnbau Mainz auf gutem Weg

„Die Wohnbau befindet sich nach den Skandalen um ihren ehemaligen Geschäftsführer Rainer Laub wieder auf einem guten Weg.“ So lautete das Fazit des Mainzer SPD-Vorsitzenden Michael Ebling nach einer Podiumsdiskussion, zu der die SPD eingeladen hatte. „Die Wohnbau hat mit ihrer neuen Geschäftsführung zu einer neuen Unternehmenskultur gefunden, sie hat sich von belastenden Prestigeobjekten verabschiedet und konzentriert sich wieder voll auf ihre eigentliche Aufgabe: die Bereitstellung von gutem Wohnraum.“ An der Diskussion nahmen Sozialdezernent Kurt Merkator, die Geschäftsführerin der Gewerkschaft Verdi Brigitte Jakob, ein Prokurist des Unternehmens und ein Volkswirt sowie mit Marion und Miguel Granados auch zwei Wohnbau-Mieter teil. Ebling sagte, das Unternehmen werde seiner Verantwortung den Mietern und den Beschäftigten gegenüber wieder gerecht. Ein Beispiel dafür, wie Wohnungen für Familien oder für Senioren geschaffen werden könne, sei das Projekt in der Mombacher Suderstraße. „Die Wohnbau ist wieder in ruhigem Fahrwasser“, betonte Ebling. „Aber es bleibt noch eine Menge zu tun, um verlorengegangenes Vertrauen der Wohnbau wieder zurückzugewinnen.“

Konzerne gegen Stadtwerke

Atompolitik schwächt den Wettbewerb



Kaum einer weiß es: Auch auf dem Staatstheater betreiben die Mainzer Stadtwerke eine Solaranlage. Foto: © Stephan Vormerker

Dass die Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert, ohne ein Endlager zu besitzen, ist bekannt. Dass sie damit den Wettbewerb im Energiemarkt heftig behindert, zeigen die Reaktionen der Stadtwerke und der Aufsichtsbehörden.

Stadtwerke gegen schwarze Atompolitik

Über 100 Stadtwerke und regionale Energieversorger aus ganz Deutschland, darunter auch die Mainzer Stadtwerke, lehnen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke strikt ab. Sie sehen eine „massive Wettbewerbsverzerrung“ zugunsten der vier großen Stromkonzerne E.on, RWE, Vattenfall und EnBW. „Der Beschluss zur Laufzeitverlängerung im Bundestag muss korrigiert werden.“ so die gemeinsame Erklärung der

Stadtwerke. Sie kritisieren, dass die Bundesregierung ihre Energiepolitik mit den vier Atomkonzernen unter Ausschluss der Stadtwerke ausgehandelt habe.

Scharfe Kritik sogar von den Wettbewerbsbehörden

Genau diesen „heimlichen Deal“ kritisiert auch der Chef der Monopolkommission, Justus Haucap: „Ein Rumgeschacher in Hinterzimmern ohne Einbeziehung des Bundestages ist nicht meine Vorstellung von guter Politik.“ Wie die Stadtwerke sieht auch Haucap langfristig eine Schwächung des Wettbewerbs. Denn solange die Atomkonzerne ihre alten, bereits abgeschriebenen Anlagen weiter betreiben können, fehle der marktwirtschaftliche Druck, in moderne und effiziente Anlagen zu investieren: „Die Investitionsvorhaben der Wett-

bewerber werden nun ausgebremst. Man hätte für den Verbraucher mehr herausholen können.“ Genauso sieht es der Präsident des Bundeskartellamts, Bernhard Heitzer: Mit der Laufzeitverlängerung würde unabhängigen Energieerzeugern „der Boden unter den Füßen weggezogen“. Das Ziel müsse jedoch sein, den Wettbewerb zu fördern.

Jetzt hilft nur noch klagen

Nachdem der Bundestag diese Atompolitik mit der Mehrheit von CDU, CSU und FDP beschlossen hat, bleibt nun noch der juristische Weg: Die SPD-regierten Bundesländer Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen klagen nun vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Stadtwerke werden zudem ein Verfahren vor der EU-Kommission wegen Bevorzugung einzelner Marktteilnehmer einleiten.

Stadtwerke finanzieren Bus und Straßenbahn, das Strom-, Gas- und Wassernetz, den Hafen und mehr. Zudem engagieren sie sich in sozialen und kulturellen Projekten und fördern zahlreiche Sportvereine. Wenn die Bundesregierung den Wettbewerb nun einseitig zugunsten der großen Konzerne verschiebt und die wirtschaftliche Situation der Stadtwerke schwächt, schadet sie letztlich den Kommunen und den Bürgern.

Andreas Behringer

Erweiterung Bewohnerparken

Mit der Einführung des Bewohnerparkgebietes Altstadt 3, welches das Gebiet zwischen Eisgrubweg, Gaustraße und Weißlilienstraße umfasst, ist ein erster Teil unserer Forderung zum Bewohnerparken aus unserem Kommunalwahlprogramm in die Realität umgesetzt worden.



Auch am Stephansberg gibt es künftig das Bewohnerparken

Die SPD-Ortsbeiratsfraktion wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auch in anderen Teilen der Mainzer Altstadt Bewohnerparken eingeführt wird, um den Parkdruck von den Bewohnern zu nehmen und noch dieses Jahr entsprechende Anträge in den Ortsbeirat einbringen.

Stephan Vormerker